

Antrag auf Korrektur des vorgelegten Bundespersonalausweises nach OWiG § 111

Antragsteller

Empfangsbestätigung

\_\_\_\_\_  
(Vorname, Nachname)

\_\_\_\_\_  
(Strasse oder Postfach)

\_\_\_\_\_  
(Postleitzahl und Ort)

An die Meldestelle des Einwohnermeldeamtes

\_\_\_\_\_  
(Strasse oder Postfach)

\_\_\_\_\_  
(Postleitzahl und Ort)

Hiermit stelle ich den Antrag auf Berichtigung des der Meldestelle vorgelegten Bundespersonalausweises und/oder Reisepasses, weil er/sie meine Staatsangehörigkeit zur BRD-behördlich vorsätzlich geplanten und ständig durchgeführten Täuschung im Rechtsverkehr falsch mit "deutsch" angibt/angeben. Ich bin nach EGBGB § 5 entsprechend RuStAG von 1913, § 1, Staatsangehöriger des Deutschen Reiches mit unmittelbarer Reichsangehörigkeit (s. auch StAG von 1999, § 1) und fordere deshalb zu Recht den unverzüglichen Eintrag "Deutsches Reich" unter der Rubrik Staatsangehörigkeit.

Weitere Begründung:

Auf der Rückseite eines Provisorischen Deutschen Personenidentitätsausweises habe ich folgendes Unwiderlegbares und m. E. nach Richtiges zur Kenntnis genommen:

Die Behördenauskunft: Personalausweis beweist nicht, dass der Inhaber wirklich Deutscher ist! Deutscher ist, wer die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt (RuStAG 1913 und StAG 1999) BRD hat keine Staatsangehörigkeit und fälscht "Personal"ausweise mit Bezeichnung "deutsch"! An den Wahlen sind daher Deutsche und Nichtdeutsche gar nicht mehr zu unterscheiden. BRD - Einbürgerung verleiht keine Reichsangehörigkeit, kein Ausländer wurde also Deutscher! Politiker, Volljuristen und Beamte fälschen für Wahlbetrug und Völkermord alle Wahlunterlagen. Wählen dürfen in der BRD aber nur Deutsche nach GG Art. 116 und eventuell auch EU-Bürger. Strafanzeigen wegen Fälschung der Wahlen sowie Wählertäuschung werden nicht bearbeitet! Klagen gegen die Fälschung der Wahlen und Wählertäuschung werden immer ausmanövriert! BRD verweigert auch die Korrektur der zur Täuschung im Rechtsverkehr ausgegebenen BPA.

**Deutsche haben daher das Recht, sich selbst Behelfsausweise auszustellen!**

Gesetzesgrundlagen: GG Art. 20 (4), StGB §§ 32, 34, 138, 269, 271 u. a. sowie OWiG § 111  
Reichsstrafgesetzbuch §§ 53, 54 und 80 ff. nach Stand vom 1.8.1944

Nach Überprüfung meiner Personenidentitätsausweise konnte ich weiterhin feststellen, dass in den von der Bundesrepublik Deutschland bis 1991 ausgegebenen grünen Pässen auf der ersten Seite noch stand:

**Der Inhaber dieses Passes ist Deutscher!**

Im Internet steht auf mehreren behördlichen Seiten (Rhein-Sieg-Kreis) jetzt allerdings:

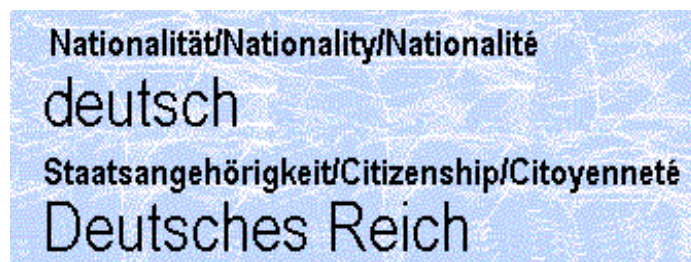
*Deutscher Reisepass und Personalausweis sind lediglich Indizien, welche darauf hindeuten, dass die Inhaberin / der Inhaber des Pass-/ Ausweisdokumentes die deutsche Staatsangehörigkeit vermutlich besitzt. Da jedoch auch Deutschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ( s. Art. 116 Abs.1 2. Halbsatz des Grundgesetzes ) deutsche Pass- und Ausweisdokumente auszustellen sind, stellt der Besitz dieser Dokumente eben keinen urkundlichen Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit dar.*

Ich zeige Ihnen hiermit an, dass alle Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland durch gefälschte Wahlunterlagen gefälscht sind, Wahlbetrüger und durch Wahlbetrüger ernannte Amtsträger in allen öffentlichen Ämtern im derzeitigen Deutschland sitzen, die mit einer dadurch nicht rechtskräftigen Gesetzgebung und unechten Urkunden zur Täuschung im Rechtsverkehr in Form von Identitätsausweisen das Deutsche Volk der Staatsangehörigen des Deutschen Reiches selbst an seiner eigenen Überfremdung im Wege des Völkermords beteiligen. Meine bisher unbewusste Beteiligung an diesen nun erkannten Verbrechen stelle ich mit sofortiger Wirkung ab.

Ich erkläre hiermit auch vorsorglich, dass ich mich bis zur Berichtigung meiner Personen-Identitätspapiere durch die Bundesrepublik Deutschland gegebenenfalls nur noch mit provisorischen, selbst erstellten Ausweispapieren ausweisen werde, um mich nicht nach meinem jetzigen Kenntnisstand doch noch strafbar zu machen.

Ich berufe mich bei diesem Antrag auf das GG der Bundesrepublik Deutschland, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (hier insbesondere Artikel 15) und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Zur temporären Erleichterung bei jederzeit möglichen Identitätsprüfungen verlange ich sofort einen vorläufigen Behelfsausweis, welcher mir meine Staatsangehörigkeit "Deutsches Reich" richtig bescheinigt. Dieser könnte die falschen Eintragungen in Personenidentitätspapieren der Bundesrepublik Deutschland wie folgt berichtigen:



**Nationalität/Nationality/Nationalité**  
deutsch  
**Staatsangehörigkeit/Citizenship/Citoyenneté**  
Deutsches Reich

Im Falle der Ablehnung dieses Antrages bitte ich um einen baldigen klagefähigen Bescheid mit Rechtsmittelbelehrung.

Hochachtungsvoll